

Rainer Falk

TTIP und der Rest der Welt

Globale Implikationen des geplanten Freihandelsabkommen

Das geplante Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA ist in aller Munde. Diskutiert wird über die Gefahr der Absenkung von Standards (Chlorhühnchen!), mangelnde Transparenz der Verhandlungen und eine ungehörliche Aufwertung der Investorenrechte. Weniger debattiert wird, welche Zumutungen das TTIP-Projekt für den „Rest“ der Welt, vor allem für Entwicklungs- und Schwellenländer, bereit hält.

Immer wenn eine Verhandlungsrunde über ein neues Freihandelsabkommen eingeleitet wird, erklingt ein Chor von Prophezeiungen, wie segensreich und wohlfahrtsfördernd das neue Abkommen sein wird. So ist es auch diesmal wieder.

Wohlfahrtseffekte?

Die TTIP soll laut einer Studie der EU-Kommission die Wirtschaftsleistung in Europa um 119 Mrd. Euro pro Jahr und in den USA um 95 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen. Schon heute entfallen auf die USA und die EU zusammengekommen rund die Hälfte des globalen Outputs und ein Drittel des Welthandels. Die Botschaft ist klar: Seht her, wir geben dem Wachstum einen kräftigen Schub.

Nach einem anderen Gutachten, das das Münchner ifo-Institut veröffentlicht hat, werden die Wohlfahrtswirkungen jedoch genau andersherum verteilt sein und die USA mehr als die EU profitieren. Auch wenn die Umlenkungseffekte im Handel zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer gehen werden, das zusätzliche Wachstum ist allemal groß genug, um das hochgelobte Freihandelsprinzip vor kritischen Fragen abzuschirmen. Dabei wird bei solchen Zahlenspielen ge-

flißentlich „übersehen“, dass es sich um pure Hypothesen handelt, da die eigentlichen Verhandlungen zum Zeitpunkt der Durchführung der Studien noch gar nicht

Die entscheidende Herausforderung, vor allem auch für die nichtbeteiligten Länder, besteht darin, dass auf diesem Weg ein neues Regelsystem der Weltwirtschaft aufs Gleis gesetzt werden soll.

begonnen hatten. Über die tatsächlich erreichbaren Verhandlungsergebnisse kann nur spekuliert werden.

Kein Wunder deshalb, dass eine Studie der Universität Kassel für die gewerkschaftliche Hans-Böckler-Stiftung zu ganz anderen Ergebnissen kommt: „Die von der EU-Kommission zur Bewerbung des TTIP herangezogenen Studien lassen nur geringe Einkommenszuwächse erwarten,“ heißt es dort. „Zudem vernachlässigen sie die ggf. positiven Wirkungen bestehender Regulierungen, die lediglich als kostenverursachende Handelshemmnisse betrachtet werden. Die verwendeten Modelle tendieren darüber hinaus dazu, mögliche positive Wettbewerbseffekte zu über- und

negative Verteilungs-, Umlenkungs- und Nachfrageeffekte zu unterschätzen. Auf der Grundlage dieser Studien ist somit nicht zu erwarten, dass ein transatlantisches Handelsabkommen einen nennenswerten Beitrag zur Überwindung der krisenbedingten Wachstums- und Beschäftigungsschwäche in Europa leisten kann. Hierfür wäre vielmehr eine Abkehr von den vorherrschenden Austeritäts- und Umverteilungspolitikern erforderlich.“

Hinzu kommt: Bei den TTIP-Verhandlungen steht – ebenso wie bei ihrem Pendant, der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) und den zahlreichen bilateralen Handels- und Investitionsabkommen – längst nicht mehr die klassische Handelsliberalisierung im Vordergrund. Die entscheidende Herausforderung, vor allem auch für die nichtbeteiligten Länder, besteht darin, dass auf diesem Weg ein neues Regelsystem der Weltwirtschaft aufs Gleis gesetzt werden soll. Denn da der Güterhandel bereits weitgehend liberalisiert ist, wird im Wesentlichen über die Beseitigung sog. nichttarifärer Handelshemmnisse

Rainer Falk ist Wirtschaftspublizist und verantwortlicher Herausgeber des Informationsbriefs Weltwirtschaft & Entwicklung.
www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org

nisse verhandelt – die Anpassung und Harmonisierung von Standards und Normen (die Frage ist: auf welchem Niveau?), um neue Regeln für grenzüberschreitende Investitionen, um Fragen des Wettbewerbs, der öffentlichen Auftragsvergabe, Dienstleistungen, geistiges Eigentum etc.

Herausforderung für den Globalen Süden

Die Herausforderungen des TTIP für die Ausgeschlossenen im Süden stellen sich auf mehreren Ebenen: als drohende Einkommensverluste, als Verschärfung des globalen regulatorischen Umfelds und als Konfrontation mit einem zerklüfteten Handelssystem, das noch stärker von den Partikularinteressen des Nordens dominiert wird. Zugespitzt könnte man das TTIP auch als Retourkutsche und Antwort auf den ökonomischen und politischen Bedeutungsgewinn des Südens deuten.

Regionale Handelsabkommen wie TTIP bringen Wohlfahrtsgewinne, wenn überhaupt (s. o.), dann meistens nur für die unmittelbar Beteiligten. Ökonomen sprechen hier von handelsschaffenden und handelsumlenkenden Effekten. In der kritischen Diskussion über die diversen Auswirkungsstudien zeigt sich inzwischen immer deutlicher, dass die erhofften Wohlfahrtsgewinne nicht nur übertrieben, sondern zu einem beträchtlichen Teil lediglich auf einer Konzentration des Handels zwischen den USA und der EU beruhen. Das heißt, dass die erwarteten Effekte auf Kosten der an dem Abkommen nicht Beteiligten gehen dürften.

Natürlich hängen die Effekte für Drittländer davon ab, wie weitreichend die Integrationsvereinbarungen unter TTIP letztlich sein werden. Grundsätzlich gilt: Je tiefer die Integration, desto drastischer und ernster die Umlenkungseffekte. Vor allem die Haupthandelspartner der USA und der EU werden sich also auf Einkommensverluste einzustellen haben, wenn es zum Abschluss von TTIP kommt. In Lateinamerika betrifft dies vor allem Länder wie Mexiko und Chile. Was die EU-Handelsbeziehungen betrifft, so könnten Nord- und Subsahara-Afrika negativ betroffen sein.

Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass dies auch von der Form der Integration abhängig sein wird. Wenn die Vereinheitlichung sozialer und ökologischer Standards im neuen transatlantischen Wirtschaftsraum auf niedrigem Niveau oder durch gegenseitige Anerkennung stattfindet, könnten etliche Entwicklungs- und Schwellenländer, denen die Einhaltung der relativ hohen Standards heute zu schaffen macht, vordergründig auch profitieren. Die Aufhebung dieses paradoxen

Vor allem die Haupthandelspartner der USA und der EU werden sich also auf Einkommensverluste einzustellen haben, wenn es zum Abschluss von TTIP kommt. In Lateinamerika betrifft dies vor allem Länder wie Mexiko und Chile.

Widerspruchs zwischen dem Interesse an nachhaltiger Entwicklung und ökonomisch verengten Exportinteressen wäre nur im Rahmen umfassender und multilateral ausgearbeiteter Vereinbarungen denkbar, an denen wirklich alle Handelspartner beteiligt sind.

Regulatorische Zumutungen

Genau gegen einen solchen Multilateralismus steht aber TTIP, weshalb selbst eingeleitete Anhänger des Freihandels wie der ehemalige Generaldirektor der WTO, Pascal Lamy, vor einem inkohärenten Flickenteppich warnen, der im Gefolge der Vielzahl regionaler Freihandelsabkommen entstehen könnte. Es ist allerdings weder nebensächlich noch zufällig, dass jetzt außerhalb der WTO verhandelt wird.

Es sind just jene Themen, mit denen die Industrieländer in der WTO auf Granit gebissen haben und am Widerstand der Entwicklungsländer gescheitert sind, die jetzt im Mittelpunkt der TTIP-Verhandlungen stehen: die Beseitigung sog. nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die Anpassung und Harmonisierung von Standards und Normen, neue Regeln für grenzüberschreitende Investitionen (von der Einklagbarkeit absurder Schadensersatzansprüche aufgrund „entgangener Gewinne“ bis zum Verbot von Leistungsaufgaben für ausländische Investoren); es geht um

Fragen des Wettbewerbs, der öffentlichen Auftragsvergabe, Dienstleistungen und geistiges Eigentum. So wenig alle diese Fragen mit klassischer Handelspolitik zu tun haben, so wenig steht auch die klassische Liberalisierung des Warenhandels (die ja weitgehend schon erfolgt ist) im Vordergrund der TTIP-Verhandlungen oder ihres Pendant, der Transpazifischen Partnerschaft (TPP). Es kann deshalb nicht oft genug betont werden, dass TTIP und TPP, auch wenn sie als Regionalprojekte daher kommen, den großangelegten Versuch repräsentieren, ein neues Regelsystem für die Weltwirtschaft einzuleiten.

Gelegentlich wird argumentiert, man könne die zahlreichen regionalen, bi- und plurilateralen Abkommen im Nachhinein doch noch zu einem multilateralen System „amalgamieren“. Doch unabhängig davon wie realistisch das ist, zunächst einmal erscheinen TTIP (und TPP, auch wenn dort u.a. einige Entwicklungsländer involviert sind) als der einseitig vom Norden dominierte Versuch, quasi-multilaterale Regeln durch die Hintertür durchzusetzen. Selbst wenn einige Entwicklungsländer im Nachhinein dem neuen Regelsystem beitreten wollten – sie kämen nicht als „Regelsetzer“, sondern kleinlaut als sich selbst Unterwerfende.

Verschärfte Konfrontation

Es darf jedoch bezweifelt werden, dass sich die neuen Schwergewichte im Süden und die Entwicklungsländer mit einer solchen Anmaßung des Nordens anfreunden werden. Aus der WTO verfügen sie inzwischen über die Erfahrung, dass es möglich ist, die eigenen Interessen recht effektiv selbst zu organisieren. Verstärkt stellen Entwicklungsländer die bereits heute geltenden Regime für grenzüberschreitende Investitionen wieder in Frage, wie die neue Quito-Koalition – ein Bündnis lateinamerikanischer Staaten zur Koordination ihres Umgangs mit Auslandsinvestitionen – zeigt. Die wahrscheinlichere Konsequenz des TTIP-Ansatzes deutet deshalb zunächst einmal auf verschärfte Konfrontation im Weltwirtschafts- und Welthandelssystem.

Konfrontativ ist selbst noch die zuweilen (etwa in der TTIP-Studie des ifo-Instituts)

vorgetragene Kalkulation, man könne erwarten, „das eine transatlantische Freihandelsinitiative neue Motivation für multilaterale Reformanstrengungen vor allem seitens der Schwellenländer bringt“ – eine mühsam verklausulierte Formulierung dafür, dass TTIP auch als politisches Druckinstrument gewollt ist. In der Auseinandersetzung um die Aufnahme von Investorenrechten und der Einrichtung von Schiedsgerichten für Investitionsstreitigkeiten argumentieren die Befürworter ganz unverblümt, dies sei notwendig, um Standards für Drittstaaten in künftigen Verhandlungen über regionale und/oder bilaterale Freihandelsabkommen zu setzen.

Wie wenig die Schwellenländer auf die Kooperationsbereitschaft der Industrieländer in wirtschaftlichen Fragen zählen können, lässt sich derzeit sehr gut an der Rückführung der lockeren Geldpolitik der USA beobachten. Wie die neue FED-Chefin Yellen unmissverständlich klar gemacht hat, sind dafür ausschließlich heimische Wirtschaftsinteressen der USA maßgeblich.

Freihandelsgetöse mit Doppelstandards

Der globale Anspruch der neuen Offensive des Westens darf aber auch nicht übersehen lassen, dass das damit einhergehende Freihandelsgetöse in Wirklichkeit hochgradig von Doppelstandards geprägt wird. Schon die WTO-Verhandlungen gerieten deshalb in die Sackgasse, weil sich die USA und die EU weigerten, die Agrarsubventionen zu streichen – für die Entwicklungsländer, wo über 70 % direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig sind, eine elementare Bedingung, um überhaupt von „Entwicklungsrunde“ reden zu können.

Niemand sollte glauben, dass die TTIP- oder TPP-Verhandler nach anderen Werten verfahren würden, wenn es um eingemachte Interessen geht. Wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz kürzlich bemerkte, geht es den Protagonisten um die Schaffung eines „gesteuerten Handelssystems“, das den Partikularinteressen folgt, die die westliche Handelspolitik schon seit langem bestimmen. Dabei

wird man genau beobachten müssen, wie sich insbesondere drei Interessenblöcke artikulieren werden: die Finanzindustrie, die Pharma- und Chemielobby und die IT-Branche.

Während der IT-Branche und vor allem den Hollywoodmedien jede „exception culturelle“, wie sie die Franzosen wollen, ein Dorn im Auge ist, versucht die Pharma-lobby derzeit alles, um die von der WTO den ärmeren Ländern beim geistigen Eigentum eingeräumte Ausnahmeregelung wieder rückgängig zu machen, was vor allem das Recht zur Produktion von billigen Generika betrifft und damit für viele letztlich über Leben und Tod entscheidet. Die Finanzindustrie wiederum ist nach der Finanzkrise fieberhaft bemüht, Regulierungen, beispielsweise bei Finanzdienstleistungen, möglichst lasch zu halten bzw. nach eigenem Gutdünken

auszugestalten. (Ein bilaterales Handelsabkommen der USA mit Chile hindert das südamerikanische Land bereits an der Anwendung von Kapitalverkehrskontrollen, obwohl selbst der IWF diese nicht mehr rundheraus ablehnt.)

Das also ist in etwa das Terrain, auf dem sich die mit dem TTIP eröffnete neue Freihandelsoffensive in den nächsten Monaten und Jahren abspielen wird. Wie lange die Verhandlungen letztlich dauern werden, lässt sich kaum vorhersagen (siehe Doha-Runde!). Dass diese Auseinandersetzung weitgehend klandestine Züge trägt, macht die Sache nicht besser. Denn wie sollen sich die Interessen der Mehrheiten innerhalb und außerhalb der Handelsblöcke gegen die Dominanz von Wirtschaftsinteressen durchsetzen, wenn nicht einmal die Verhandlungsmandate öffentlich zugänglich sind? ♦

Aus dem Archiv

Mehrere forum-Dossiers beinhalten weitere Artikel von unterschiedlichen Autoren über die hier besprochenen Themen. Die Ausgaben können per Mail an forum@pt.lu bestellt werden.

Nr. 262 – Liberalismus

Nr. 305 – Propriété Intellectuelle

Nr. 306 – Wachstum

Nr. 319 – The Fifty-First-State?

Nr. 323 – Mehr Demokratie wagen

Nr. 329 – Kernland Europas

Reaktionen

Wir würden uns über Reaktionen und Kommentare zu diesem Dossier freuen. Nachrichten, die Sie an forum@pt.lu senden, geben wir an die jeweiligen Autoren weiter.